

Die Angst vor der Neuorientierung.

Die rechtsstehenden Parteien sind im ganzen genommen heftige Gegner einer Neuorientierung auf politischem Gebiet. Ihre Organe bemühen sich daher sorgfältig, eine Neuorientierung auf die lange Bank zu schieben. Es vergeht kein Tag, an welchem in den rechtsstehenden Blättern nicht ein solcher Artikel zu lesen ist. In der „Deutschen Tageszeitung“ vom Mittwochabend erörtert dieses Thema Dr. Otto Pfister unter der Überschrift „Demokratie und Kriegspolitik“. Er kommt zu folgendem Resultat:

Es erscheint jetzt nötiger und wichtiger, gemeinsam nach außen mit scharfem Siebe das deutsche Schwert zu führen, bis der ersehnte Friede voll deutscher Macht und Größe kumme; dies müßte über allen innerpolitischen Neuorientierungen und deren eigenartigen Widersprüchen, die teilweise an einem Kampfe der Demokratie gegen den eignen demokratischen Gedanken glauben lassen, stehen.

Wie sich die Politiker vom Schlage des Herrn Pfister in der „Deutschen Tageszeitung“ die Neuorientierung vorstellen werden, erhellt aus einem weiteren Artikel derselben Nummer der „Deutschen Tageszeitung“, betitelt „Kann das Deutsche Reich parlamentarisch regiert werden?“ Der Verfasser, Professor Dr. Ludwig Langmann, sagt u. a.:

Eine starke monarchische Zentralgewalt ist die erste Bedingung für ein normales Staatsleben. Gerade in Deutschland sind weit weniger als anderswo die Bedingungen zu einem erträglichen parlamentarischen Regiment bereits erfüllt. Ein parlamentarisches Regiment aber ohne eine starke monarchische Gewalt würde in Deutschland Klassen- und Parteikämpfe entfesseln, die das ganze komplizierte Reichsgefüge aus den Fugen treiben müßten. Es ist nicht so, daß sich unser Parlament durch seine Weisheit und nationale Opferwilligkeit einen gerechten Anspruch auf Machterweiterung erworben hätte. Im Gegenteil, mehr als einmal ist es geradezu eine Gefahr für das Reich gewesen. Deswegen ruht in dem Vertrauen der Bundesräte auf den ungeschwächten Bestand der kaiserlichen Macht. Jede Minderung dieses Vertrauens durch Einführung eines parlamentarischen, demokratisch gerichteten Regiments muß das Fundament des Reichsgebäudes und damit das ganze Reichsgefüge notwendig stark erschüttern.

Nach hieron kann man sehen, welches Entgegenkommen jene Kreise bei einer Neuorientierung dem deutschen Volke zu zeigen gewillt sind. —

Zur Wohnungsfrage.

Das Reichsversicherungsamt hat an die ihm unterstellten Landesversicherungsanstalten einen Rundschreiben hinausgegeben, in welchem zu der Wohnungsfürsorge aus Mitteln der Versicherungsanstalten eine Stellung genommen wird. Das Reichsversicherungsamt ist der Ansicht, daß auf Grund des § 1274 der Reichsversicherungsordnung Mittel für die Wohnungsfürsorge zunächst nur in mäßigem Umfang hergegeben werden sollten. Dieser zurückhaltenden Stellungnahme widerspricht es nicht, daß das Reichsversicherungsamt bisher bei der Kriegswohlfahrtsfürsorge den Versicherungsanstalten die Hingabe höherer Beträge nach § 1274 der Reichsversicherungsordnung bereitwillig gestattet habe.

Bei der Frage der Beteiligung der Versicherungsanstalten an der Wohnungsfürsorge dürfte nicht außer acht gelassen werden, daß an der Erhaltung und Stärkung der Volkskraft durch umfassende Maßnahmen auf diesem Gebiet andere Stellen wie Reich, Staat, Provinzen, Gemeinden und so weiter in noch höherem Maße als die Versicherungsanstalten beteiligt seien. Nämlich würden deshalb die Versicherungsanstalten hier unbedeutend den Beitrag leisten können.

Seider ist die Bereitwilligkeit der hier genannten Stellen zu einer wirklich großzügigen modernen Wohnungsfürsorge auch nicht allzu groß. —

Der Arbeitervertreter im Kriegsamte.

Mit dem Eintritt des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes H. Schlichte in das Kriegsamte als Arbeitervertreter sind in der Presse vielfach irrtümliche Meinungen über dessen Tätigkeit im Kriegsamte verbreitet worden. Auch in Gewerkschaftskreisen ist über die Tätigkeit vielfach eine falsche Ansicht vorherrschend, die zu irrtümlichen Erwartungen über seine Tätigkeit führt.

Der Arbeitervertreter Schlichte ist nicht etwa leitender Mitarbeiter, wie vielfach angenommen wird, sondern er ist Berater der ebenfalls natürlich organisierten Leitung der Abteilung des Kriegsamtes, nämlich des Erzeug- und Arbeitsdepartements.

Das Kriegsamte ist eine Behörde des Kriegswirtschaftsministeriums und ebenso wie dieses militärisch organisiert. Auch die während des Krieges erfolgte Heranziehung von Zivilpersonen in das Kriegswirtschaftsministerium und in das Kriegsamte hat an dem Charakter dieser Behörden nichts geändert; sie sind im wesentlichen Stellen, die den Kriegsdienst dienen, und daraus ergibt sich, daß sie von Soldaten besetzt werden, und daß die Entscheidungen bei dieser liegen.

Das schließt natürlich nicht aus, daß die in diesen Stellen tätigen Zivilpersonen auf die Entscheidungen Einfluß ausüben können und auch ausüben. Das werden sie um so mehr tun, je mehr durchschlagende Gründe sie für ihre Vorschläge ins Feld führen können. Das wiederum verpflichtet sie zur Aufrechterhaltung und zur Verbindung mit den Kreisen, aus denen sie hervorgegangen sind als deren Vertrauensmänner sie den militärischen Stellen gegenüber gelten.

Eine Verbindung des Arbeitervertreters im Kriegsamte mit den Gewerkschaften ist deshalb sehr zu begrüßen. Diese Verbindung kann auf zweierlei Weise hergestellt werden: 1. durch den direkten Verkehr mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften; 2. durch ein dem Vertreter beider Parteien

Vertrauensmänner-Kollektivum, das aus Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen besteht. Diese Verbindung mit dem Vertreter recht innig zu gestalten, ist daher die Pflicht der einzelnen Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Bei der Ueberweisung informierenden Materials an den Arbeitervertreter im Kriegsamte muß jedoch dringend gebeten werden, sich auf wirklich informierendes Material zu beschränken, damit er nicht unnötig in Anspruch genommen wird.

Die Adresse unseres Vertreters ist: Alexander Schlichte, Kriegsamte E. D. (Erzeug- und Arbeits-Departement), Berlin NW 7, Friedrichstr. 7.

Im Interesse der Vertretung der Arbeiter liegt es, wenn danach genau verfahren und der Arbeitervertreter im Kriegsamte bei seiner Tätigkeit durch die Arbeiter- und Angestelltenverbände unterstützt wird. —

Notizen.

Zur Nachwahl in Spandau-Dithavelland. Fortschrittliche Blätter bringen eine Notiz, in der darauf hingewiesen wird, daß durch Aufstellung Wehrings als Reichstagskandidaten mit einem burgfriedlichen Verlauf der Nachwahl nicht mehr gerechnet werden dürfte. Es sei bereits fest, daß man in fortschrittlichen Kreisen die Kandidatur Wehrings nicht als eine Kandidatur der eigentlichen sozialdemokratischen Partei ansehe, weshalb man die Hände nicht in den Schoß legen werde. Eine Vereinbarung unter den bürgerlichen Parteien zur Aufstellung einer Kandidatur sei noch nicht erfolgt. —

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die durch die vermehrte Einfuhr hervorgerufene Knappheit auf dem Lebensmittelmarkt hat jetzt auch in England dazu geführt, bisher unbebaute Gelände für den landwirtschaftlichen Anbau zu erschließen. Das Anpflanzenbedürfnis geht so weit, daß in einzelnen Gemeinden selbst Friedhöfe für die Anpflanzung von Lebensmitteln verwendet werden sollen. Ebenso werden Parks und ähnliches freies Gelände zur Verfügung gestellt. Bis jetzt hat man jedoch noch nicht gehört, so wird der „Frankf. Ztg.“ gerichtet, daß die Lords und andere Grundbesitzer ihren ausgedehnten, dem Anbau bisher meist entzogenen Grundbesitz dem Lande zur Verfügung gestellt haben. Im Gegenteil, die Sitzungen im Oberhaus haben erwiesen, daß sich die Lords mit einer Zähigkeit ohnegleichen dagegen wehren, auch nur das Geringste von ihren Besitzrechten preiszugeben. — Da sind wir wieder bei den alten Herren. So unparitätisch können wirklich nur — englische Lords und Großgrundbesitzer sein! —

Der Kapitalismus im Kriegsjahr 1916. Das Kapital, das im verflohenen Jahr 1916 in neugegründeten Aktiengesellschaften und in Gesellschaften m. b. H. festgelegt wurde, übersteigt dasjenige des Jahres 1915 ganz erheblich, es beträgt 317,3 Millionen gegen 186,2 Millionen im vorangegangenen Jahre. In Kapitalerhöhungen wurden in die Handelsregister im Jahre 1916 299,5 Mill. gegen 282,6 Mill. im Jahre 1915 eingetragen. —

Neue Gänsewanderwege. Der Gänsewander, dem das Kriegswirtschaftsamte durch seinen scharfen Eingriff einen tiefen Strich durch die erhoffte Wehrmachtsrechnung machte, scheint neue Schleichwege zu suchen. Demgegenüber ist einer der vier Großbetriebe, deren Fährten verstreut, aber gegen eine Bürgerhaft von je 10000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, bei einem solchen Versuch erwischt worden. Der Betrieb des Großhändlers B. hatte große Umsätze gemacht. Nur nicht bei dem, was das Kriegswirtschaftsamte nicht beschlagnahmt, doch noch etwas herauszuholen, ließ er die gestohlenen Gänse auf einem anderen Wege als früher nach Berlin kommen. Ob der Fährten selbst oder einer seiner Angehörigen oder Angestellten dafür verantwortlich ist, ließ sich noch nicht ermitteln. Jedenfalls besog der Betrieb die Gänse nicht mehr ungezügelt, sondern in Ketten, die unter den verschiedensten Deklarationen und Sicherungen abgehängt wurden. Das Kriegswirtschaftsamte kam aber bald auf hinter diese Trolche. Gestern bei Beschlagnahme es auf dem Sternsimer Güterbahnhof eine Rixe mit rund 400 Kilogramm Gänse, die für den Fahren Großbetrieb einliefen. Auch diese Gänse werden dem Registrator überwiesen. —

Große Getreidediebstähle in Duisburg. Im Duisburger Hafen ist man großen Getreidediebstählen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um die im Hafen lagernden Getreidevorräte der Hofmühl- und Mühlen-Gesellschaft. Bisher sind vier Personen verhaftet worden, zum Teil Leute in sehr angenehmen Stellungen, darunter ein jüdischer Beamter. —

Ein Zuchthausurteil. Wie wir der „Schwäbischen Tagwacht“ entnehmen, hat der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts den Gemeinderat Wilhelm Schwab aus Stuttgart, auch wegen verurteilten Landesverrats nach § 89, befangen durch Verheimlichung eines Flugblattes zugunsten Liebknechts, zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Mitangeklagten Hugo Ködel und Gottlieb Schumacher wurden freigesprochen. Das Stuttgarter Parteibüro bemerkt u. a. dazu: Wir sind nicht näher darüber unterrichtet, welche Strafsenat Gemeinderat Schwab zur Last fallen. Gerichtsweise verurteilt, er solle jungen Burden Flugblätter, in denen eine tabuläre Sprache über die Verteilung Liebknechts geführt wurde, zum Zweck der Verbreitung übergeben haben. So wie wir Wilhelm Schwab in jahrgängelangen Zusammenarbeiten kennen gelernt haben, hatten wir ihn der Absichten für unfähig, die die Richter voraussetzen mußten, um zu ihrem Urteil zu gelangen. Eine Pressenotiz beschäftigt sich bereits mit der Nachfolge des Schwab auf dem Stuttgarter Rathaus. Bleibt es bei der Überzeugung der Ehrenrechte, die das Gericht des Gemeinderatsmandats zur Folge hat, so will die Fronte des Schwab, daß die Fronte sich auf den Platz des Geopferten fest. —

England sperrt die norwegische Kohlenzufuhr. Amlich ist von England bekanntgegeben worden, daß jede Ausfuhrerlaubnis für Kohlen nach Norwegen vom 1. Januar ab aufgehoben worden ist. England verfolgt damit in erster Linie die Absicht, die norwegische Handelsflotte seinen Zwecken dienlich zu machen, ganz allgemein aber auch, die norwegische Regierung zu größtem Entgegenkommen auf die englischen Wünsche zu zwingen. —

Schon wieder Ministerwechsel in Rußland? Einer amtlichen Botschaftermeldung zufolge ist der Justizminister W. K. K. zurückgetreten. An seiner Stelle wurde S. S. S. zum Justizminister ernannt. Katerow gehört der reaktionären Richtung an. Ueber die Gründe seines Rücktritts ist nichts bekannt. —

Zur Bessern Ausnutzung des Güterverkehrs. Der preussischen Staats-Eisenbahnen wird bei der Mehrzahl der um 11 und bedekten Güterwagen von 15 Tonnen Ladegewicht die Tragfähigkeit auf 17 500 Kilogramm erhöht. Um mit den Wagen möglichst hohe Leistungen zu erzielen, werden die Verkehrstreibenden darauf aufmerksam gemacht, die zur Beladung überwiegenen Wagen nicht nur bis zum Ladegewicht, sondern bis zur angezeigten Tragfähigkeit zu beladen, wenn nach der natürlichen Beschaffenheit des Gutes nicht zu besorgen ist, daß die Beladung infolge von Witterungseinflüssen während der Beförderung die Tragfähigkeit übersteigen werde. —

Anerkennung der venezianischen Regierung? Wie der „Matin“ erfährt, beschloß die französische Regierung, einen Vertreter Frankreichs bei der venezianischen Regierung in Saloniki zu ernennen. Ein Vertreter der provisorischen Regierung wird in Paris beauftragt werden. —

Große Verkehrsbeschränkungen in England und Frankreich. Die englischen Zeitungen enthalten folgende Mitteilungen über die Beschränkung des Reiseverkehrs: Die Fahrpreise werden um die Hälfte erhöht. Es fahren vom 1. Januar ab 400 Personenzüge weniger. Eine große Anzahl von Stationen wird überhaupt geschlossen, an andern wird nur noch vorübergehender Verkehr gehalten. Laut „Temps“ werden die französischen Eisenbahnen demnächst die noch bestehende Zahl von Personenzügen erheblich einschränken. Wie die Gesellschaft Paris-Lyon-Mediterranée dem „Temps“ mitteilt, sind die Eisenbahnen infolge Kohlen- und Personenzugmangels auf dieser Maßnahme gezwungen. Die von den Personenzügen befahrenen Strecken waren in den beiden letzten Jahren gegenüber der Friedenszeit bereits um 40 Prozent eingeschränkt. —

Unruhen in Moskau. Die Moskauer Zeitungen teilen lakonisch mit, daß sie über die schrecklichen Ereignisse der letzten Tage infolge Zensurverbot keine Mitteilungen machen dürfen. Auch das Überleben der zahllosen bedrückten Proleten und Polizeiwächter ist entschieden den Ferkeln vorbehalten worden. Einweilen sind nur wenige Nachrichten ins Ausland gedrungen; sie heben, daß die „Explosion“ der bolschewistischen Todesopfer erfordert hat, deren Zahl 100 weit übersteigt. Die Polizei verweigert, Militär zu requirieren. Dieser Versuch wurde jedoch sofort aufgegeben, angeblich weil die Soldaten zu den Wehrern übergingen. Aus den vertriebenen Teilen des ganzen Landes wurden darauf Polizisten nach Moskau gebracht. —

Begünstigte Auswanderung nach Südamerika. Die Argentinische Regierung berichtet, daß das argentinische Landwirtschaftsministerium Schritte getan hat, flüchtige bolschewistische Bananen, die jetzt in Frankreich oder England leben, in Argentinien anzusiedeln. Es ist der bolschewistischen Regierung mitgeteilt worden, daß das Landwirtschaftsministerium 30 000 Hektar kultivierten Landes den flüchtigen Bananen zur Verfügung stellt und daß die Auswanderung sofort beginnen kann. —

Zur Ermordung Rajputins. Zur Ermordung des russischen Botschaftsrats Rajputin meldet die „Times“ aus Petersburg unter dem 1. Januar folgende Einzelheiten: Die Leiche des Botschaftsrats Rajputin ist heute morgen durch Länger aus dem Flußbett der Newa bei der Bezugsbehörde abwärts der Stadt herausgeholt worden. Wie Petersburgs Arbeiter zu berichten wissen, soll der Mord bereits am Abend morgen im Palais des kaiserlichen Justizrats ermordet worden sein. Die Namen der an der Tat beteiligten Personen konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Gerichtswesen verurteilt, vor einiger Zeit sei ein großer Skandal entdeckt worden, in dem u. a. außer dem jungen Fürsten Jussew auch der Generalstab Denski beteiligt sein soll. Ueber die Veranlassung zu diesen Verhaftungen werden die unheimlichen Gerüchte berichtet. So wird von den bolschewistischen Kreisen behauptet, die Verhafteten hätten russisches Gold gegen deutsches Papiergeld auf dem Wege über einen spanischen Staat geschmuggelt. Auch der ermordete Rajputin soll in diese Affäre verwickelt gewesen sein. Er sei deshalb bereits mit Verhaftung bestraft gewesen, doch habe es infolge einer Unklarheit des kaiserlichen Ministerpräsidenten Zimmer nach Petersburg zurückgehen dürfen. —

Wort als — Heilmittel. Während in vielen russischen Städten die Badereten vom Publikum förmlich belagert werden, gibt es wiederum manchen andere Städte in Rußland, wo aus Ueberflut an Brot letzteres zu allen denkbaren Zwecken verwendet wird. So teilt das in Astrachan erscheinende Blatt „Der Astrachaner Post“ aus dem dortigen Gouvernement mit, daß Brot den Leuten gar keinen Wert hat und jenseits vergeblich wird. Aus dem Dorf Kreim (Bezirk Tschernowje) wird der Zeitung geschrieben, daß infolge einer überreichen Ernte das Korn ungedroschen in den Höfen herumliegt, daß man damit die Schweine füttert und sogar die Leuten heilt. —

Die Dürftigen Wintern

H. Z. H. Großes Quartier, 4. Januar 1917. (Amlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Bei Regen und Nebel geringe Gefechtsaktivität.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Lewald von Bayern.
Nordwestlich von Dünaburg drangen Kompanien des Oberbayerischen Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 259 über das Dünaeis und entziffen den Russen eine Turf. Ueber das Gefangene und mehrere Kadetten wurde zurückgeführt.

Front des Generalobersten Erzherzog Jakob.
In den Waldkarsachen gelang es russischen Abteilungen, sich in der vorderen Stellung nördlich von Ruzschewski festzusetzen.
Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen nahmen nördlich der Ditzstraße und beidesseits von Sereja im Eufriat mehrere Schichten Sturm und hielten sie gegen starke Angriffe der Gegner.

Gezetzgruppe des Generalfeldmarschalls von Madarsen.
Oberhalb von Dobschi (nordwestlich von Besan) ist der Ruzschewski übermunden.
Westlich der Zugabundung verdrängte starke russische Kavallerie vorgedrungen: sie wurde zurückgeschlagen.
Südlich an Schutter haben deutsche und bulgarische Regimenter die harmlos verteidigten Orte Macin und Ditsila gestürmt. Bisher sind etwa 1000 Gefangene und zehn Maschinengewehre eingebracht.

Die Dobruscha ist damit bis auf die schmale gegen Galatz verlaufende Landzunge, auf der noch russische Nachhut halten, vom Feinde gesäubert.
Magdonische Front.
Keine besondern Ereignisse.
Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

